

Eine Organisation der Steuerträger.

Wir erhalten folgende Mitteilung: Sietiges, einsichtsvolles Zusammenarbeiten zwischen Steuerbehörde und Steuerträger ist jetzt mehr denn je geboten. Auch hier erscheint Organisation unerlässlich. Diese hätte einerseits die Steuerträger über die bestehenden Steuervorschriften, deren Fülle fast unübersehbar ist, die korrekte Buchführung und Fäktierung, über die Rechte der Behörde bei Einschätzung, Veranlagung und Einhebung zu belehren, auch Steuervorschriften zu überprüfen, andererseits die Steuerbehörde zur richtigen Veranlagung anzuleiten, hierbei behilflich zu sein, Fehlvorschriften zu verhüten und im Rechtsmittelverfahren die notwendigen Aufklärungen zu geben, beziehungsweise den Steuerträger zur richtigen Abgabe derselben zu veranlassen, wohl auch der Gesetzgebung geeignete Vorschläge zu machen. Die Anzukommlichkeiten auf dem Steuergebiete haben eine Anzahl Wiener Gewerbetreibende, Fabrikanten und Kaufleute in einem Proponentenkomitee vereinigt, welches die Vorarbeiten für eine Organisation der Steuerträger in Angriff genommen hat. Für die Proponenten: Johann R. Schreiner, Franz Melzer, Heinrich Wilhelm. — Zuschriften von Interessenten wollen gerichtet werden an den provisorischen Ausschuss des beabsichtigten Verbandes Wiener Steuerträger, Wien, 7. Bezirk, Hermannsgasse 33, Tür 21.

Eine Steuerdebatte im Stadtrat.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Stadttates besprach Stadtrat Dr. Riehböck das derzeitige Vorgehen der Steuerbehörden. Diese haben die Vorschriften jahrelang liegen lassen und nun erfolgt eine Flut von Vorschriften und die Steuern müssen nun auf einmal bezahlt werden. Dies berge die Gefahr in sich, daß eine Reihe von Geschäften in ihrer Betriebsführung äußerst gefährdet werde und die Arbeitslosigkeit noch weiter steige. Unsere Volkswirtschaft vertrage solche Experimente nicht. Die Gemeinde hätte daher auf die Finanzverwaltung in dem Sinne Einfluß zu nehmen, daß bei der Steuervorschrift und Einhebung zweckmäßiger und gerechter vorgegangen werde. Stadtrat Breuer bemerkt, daß über diesen Punkt ein Magistratsbericht vorliege, der aber teilweise bereits überholt sei. Es wäre daher ein neuer Bericht einzuholen. Stadtrat Emmerling wünschte eine Aenderung des gesamten Steuersystems, da die jetzigen Verhältnisse tatsächlich unhaltbar seien. Die Steuermoral ist sicherlich nicht einwandfrei, aber die Ermittlung der Steuerschuldigkeit müsse doch nach den tatsächlichen Verhältnissen erfolgen und eine gerechte Steuervorschrift stattfinden. Der Magistrat möge sich in dem vorzulegenden Bericht auch über die Forderungen der Gemeinde bezüglich der Steuerreform äußern.

Bürgermeister Rein betont, daß die Vorschriften in allen Kreisen der Bevölkerung berechtigte Empörung hervorgerufen habe. Die Bevölkerung dürfe nicht der Willkür der Finanzbehörde ausgesetzt sein. Unter diesen Umständen werde dem Gewerbe jede Möglichkeit zum Wiederaufbau genommen. Die Verfügungen der Regierung bezüglich der Steuerzahlung seien für Hunderttausende eine Lebensfrage und bedeuten in ihrer Anwendung eine Rücksichtslosigkeit gegen Kleingewerbetreibende und Festbeholdere. Stadtrat Dechant bezeichnet insbesondere die Verfügung, für Zinsen 12 Prozent einzuhellen, als eine unnötige Härte.

Der Stadtrat faßte schließlich den einstweiligen Beschluß, bis nächsten Dienstag einen neuen Magistratsbericht über diese Frage einzuholen.